

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großhild befristet bestimmte Blatt

Bezugspreis: mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon. Sammelnummer 72208 — **Postkontokonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — **Telefon 72208**

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf.,
Stellenangebote 10 Spalte, Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privaten
die 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezettel 2 M. Insetate v. ausw.:
die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorkauf 50 Pf., Reklamezettel 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Vorspiele zum Stahlhelmtag.

Kampf um die Führerstellung.

a. w. Mit fieberhafter Tätigkeit arbeitet die Bundesleitung des Stahlhelm an der Vorbereitung der Berliner Stahlhelmparade. Sie hat die Hauptaufgabe, allen vaterländischen Kreisen, vor allem aber auch den Rechtsparteien, zu zeigen, wo sich die stärkste Organisation der Frontkämpfer befindet, und welche politische Stützkraft diese Organisation besitzt. Alle Ortsgruppenführer sind nicht nur aufgefordert worden, genaueste Listen über den derzeitigen Mitgliederstand aller Organisationen einzufenden. Sie sind auch mit dem gefürchteten Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß alles, was nur irgendwie auf die Beine gebracht werden kann, am Stahlhelmtag teilzunehmen hat. Wer von Mitgliedern nicht teilnehmen kann, mußte schriftlich den Grund der Behinderung seinem Führer unterbreiten. Allen Ortsgruppenführern wird die genaue Befolgung aller zum Stahlhelmtag herausgegebenen Weisungen zur strengsten Pflicht gemacht. Während man also mit allen Mitteln versucht, nach außen hin eine mächtige, einheitliche und glanzvolle Kundgebung aller im Stahlhelm zusammengeschlossenen Frontkämpfer zu erzielen, zeigt ein Blick hinter die Kulissen, daß auch dort von den einzelnen Akteuren fieberhaft gearbeitet wird.

Es gilt des Kampfes, um den Führerposten, um hierdurch der „neuen Richtung der Entschlossenheit und Zielstrebigkeit“ zum Siege zu verhelfen. Seit langem ist es in eingeweihten Kreisen offenes Geheimnis, daß die Führerstellung Selbes und seiner engeren Mitarbeiter ganz bedenklich erschüttert ist. Das ist nicht zuletzt auf die intensive Wühlarbeit des ebenso angriffslustigen wie ehrgeizigen Oberstleutnants Duesterberg zurückzuführen. Letzterer versucht seit Monaten mit allen erdenklichen Mitteln und gestützt von alldemokratischen, industriellen Kreisen, die Führerstelle an sich zu reißen und dem gesamten Stahlhelm eine neue Wegrichtung zu weisen. Ganze Gauen, wie Hannover, Westfalen, Rheinland, Schlesien usw., sind zufolge der Propaganda Duesterbergs und seiner Freunde dem jetzigen Bundesführer nicht nur entfremdet, sie sehen vielmehr in dem gegenwärtigen Kurs „Neutralität in politischen Kämpfen“ einen ungeheuerlichen Fehler der Bundesleitung. Dies trat gelegentlich einer erweiterten Bundesversammlung, die sich u. a. mit dem Ausschluß des aus dem Giechener-Mordprozeß bekannten Leutnants Heinz befaßte, ganz besonders scharf hervor. Und wenn auch im Fall Heinz der Bundesführer Selbe mit seinem Antrag durchgedrungen ist (Duesterberg und Ehrhardt wollten diesen Fall nach dem Stahlhelmtag behandelt wissen), so bewies doch der weitere Verlauf der Sitzung, daß die Tage Selbes aller Voraussicht nach gezählt sind.

In ganz vertrauten Kreisen hat Duesterberg offen ausgesprochen, daß es höchste Zeit sei, die Bundesleitung nach Berlin zu verlegen und einen neuen, entschlossenen Bundesführer (etwa Oberst Lyl) zu wählen. Daß Oberstleutnant Duesterberg hierbei an sich selbst denkt, ohne sich zu nennen, kennzeichnet nur seine Gesinnung. Wie scharf sich die Gegensätze zugespitzt haben, beweist unter anderem, daß in eben jener Sitzung darauf hingewiesen wurde, daß der enorme Rückgang an Mitgliedern lediglich auf die falsche Einstellung der Bundesleitung zurückzuführen sei. Trübt so die Stellungnahme Duesterbergs klar hervor, so ist man sich andererseits über die Absichten von Kapitänleutnant Ehrhardt, der ja, gleich Duesterberg, Ehre und Stimme in der Bundesleitung hat, völlig im unklaren.

Ehrhardt selbst hat es bisher peinlich vermieden, sich im Kampf um die Führerschaft irgendwie festzulegen, hat aber seine Zeit dazu benützt, fleißig Werbearbeiten abzuhalten und sich bei den einzelnen Mitgliedern bekanntzumachen. Seine Reden haben vielfach bei höheren Offizieren wegen ihrer antimonarchistischen Tendenzen Anklang erzeugt. Es ist natürlich selbstverständlich, daß Ehrhardt, dieser ausgesprochene Reaktionär, genau weiß, warum er auf einmal „antimonarchistisch“ wirkt. Er, der tatsächliche Führer der Rapp-Putschler, wittert Morgenluft, und seine „Tätigkeit“ im Stahlhelm beschränkt sich nicht darauf, „heutige Reden“ zu halten.

Sehr auffällig mutet auch ein Rundschreiben Ehrhardts an seine Unterführer Kapitänleutnant Kauter, Lt. Kleinbed, Lt. Fichto und Kapitänleutnant v. Jagow an, wonach am Stahlhelmtag nicht ein Mitglied der Ehrhardtbewegung fehlen dürfe, und daß diese nicht anders als bei ihrer Formation zu erscheinen haben. Es steht einwandfrei fest, daß es Ehrhardt glückt, sich durch geschickte Manipulationen einen nicht unerheblichen Einfluß zu verschaffen, der noch durch den Umstand vergrößert wird, daß ein großer Teil ehemaliger Ehrhardt-Leute heute Ortsgruppenführer beim Stahlhelm sind. (Siehe den Fall Lt. Heinz.) Was aber den ganzen Vorgängen eine besondere Note gibt, ist die Wahrnehmung, daß die Kreise der Geldgeber und politischen Inspiratoren, die Ehrhardt sehr nahe stehen, auch aufs engste mit Oberstl. Duesterberg, Oberst v. Lyl u. a. verbunden sind. Dies geht schon daraus

hervor, daß es diesen Kreisen nicht nur gegliedert ist, das „Bundesorgan“ nach Berlin zu verlegen, sondern auch, daß es in der Druckerlei der Deutschen Zeitung gedruckt wird unter Kontrolle von Major Sodenstern. Bei Berücksichtigung aller dieser Momente wird man nicht fehlgehen, wenn man der Anschauung Raum gibt, daß es während des Stahlhelmtages zu schweren Kämpfen nicht nur um die Richtung, sondern in erster Linie um die Führung kommen wird. Wer von den Genannten als Sieger aus diesem Kampfe hervorgeht wird — Selbe oder Duesterberg — hängt in erster Linie davon ab, was Ehrhardt zu tun gedenkt. Allerdings wird sich auch die Opposition die Frage vorlegen, ob sie bereits genügend erstarkt ist, um zum letzten Schlags auszuholen. Daß der Stahlhelmtag aber Überraschungen bringen wird, darüber ist man sich in eingeweihten Kreisen völlig klar. Nur weiß man nicht, welcher Art sie sein werden. Eines aber weiß man gewiß, daß der Stahlhelmtag, wenn nicht alle Zeichen trügen, mit der Legende von der „Einheit zwischen Führer und Mitglied“ gründlich aufräumen wird!

Der weiße Terror in Bulgarien. Kurt Rosenfeld aus Sofia ausgewiesen.

Sofia, 5. Mai.
Die parteigenössigen Rechtsanwälte Kurt Rosenfeld, Berlin, und Oswald Richter, Wien, sind am Mittwoch in Sofia eingetroffen, um dem Prozeß gegen das Zentralkomitee der kommunistischen illegalen Organisation beizuwohnen. Nach zweitägiger Anwesenheit im Gerichtssaal wurden beide Rechtsanwälte am Donnerstag von der Polizei festgenommen und später verhaftet. Dann wurden sie eine eingehende Durchsuchung ihres Gepäcks über sich ergehen lassen und sich einem hundertfachen Verhör unterziehen. Erst durch Intervention der deutschen Gesandtschaft wurde die Freilassung erreicht. Die beiden Sozialdemokraten erhielten aber gleichzeitig einen Ausweisungsbefehl und mußten noch am Donnerstagabend die Rückreise antreten.

Diese Maßnahmen der bulgarischen Polizei, die jedenfalls mit Zustimmung der Regierung in Sofia erfolgten, sind handhabs und doch nicht verwunderlich. In Bulgarien herrscht seit Jahren unter der Flagge eines „demokratischen Regimes“ ein unerbittlicher Terror gegen alle Anhänger der sozialistischen Opposition. Die Ausweisung der Genossen Rosenfeld und Richter zeigt, daß man selbst ausländische Sozialisten von diesem Terror nicht verschont. Aber schließlich trifft der Stempel nicht die ausgewiesenen Sozialisten, sondern die bulgarische Regierung und ihre Polizei. Sie konnten sich und ihr Regime wenigstens in Deutschland kaum besser kennzeichnen, als sie es getan haben.

Dem Sekretariat des I.G.B. wird aus Bulgarien mitgeteilt, daß die in Sofia abgehaltene Maiversammlung von der Polizei mit Revolvergeschüssen und Säbelstichen gepörrt und das Gewerkschaftshaus zweimal von bewaffneter Polizei angegriffen wurde, wobei es zur Verhaftung des Sekretärs des dem I.G.B. angeschlossenen bulgarischen Gewerkschaftsbundes, Danoff, sowie von 28 Gewerkschaftsmitgliedern kam. In einem an den bulgarischen Ministerpräsidenten gerichteten Telegramm erbat der I.G.B. ernstlich: Prozeß gegen diese Verletzung der gewerkschaftlichen Freiheit. Er fordert die sofortige Freilassung von Danoff und seiner Kameraden, deren Verhaftung sich in keiner Weise rechtfertigen läßt und in keinem zivilisierten Lande geduldet würde. Dieses Vorgehen kommt faschistischem Terror gleich. Solange die Freilassung nicht erfolgt ist, hat die Arbeiterpresse aller Länder die Pflicht, in ihrem Kampf gegen den Faschismus speziell auch Bulgarien einzuschließen.

Stahlhelmführer Selde.



Die „Fretümer“ Heilmanns. Zum preussischen Koalitionsproblem.

Von Hermann Fleißner, Dresden.

Der nachstehende Aufsatz ist die Antwort auf einen Artikel des Vorsitzenden der preussischen Landtagsfraktion, des Genossen Heilmann, der auf der zweiten Seite wiedergegeben wird.
Die Red.

Ich lehne es entschieden und unter allen Umständen ab, die durch meinen ersten Artikel in Fluß gekommene Erörterung über die preussische Koalition auf die Formel herabzuleiten zu lassen: Sachsen gegen Preußen, oder ähnlich. Zumal Preußen nicht ein beliebiges Land im Reichsorganismus, sondern an Größe und politischer Bedeutung das Land ist, das in der Reichspolitik, besonders in der sozialdemokratischen, die bedeutsamste Rolle spielt. Gerade aus diesem Grunde schließe ich mir angebracht, eine Diskussion darüber zu eröffnen.

Der Artikel des Genossen Heilmann hat gegenüber dem vom Schiff den Vorzug, den Versuch, zu machen, sachlich auf von mir aufgeworfene Fragen einzugehen. Meine Behauptung, daß durch die Art des Abschlusses des Hohenzollernvergleichs eine Aktion der Reichstagsfraktion ohne vorherige Verbindung mit ihr durchkreuzt worden sei, ist durch Heilmann nicht widerlegt. Daß Parteivorstand und Fraktionsvorsitzand gefragt wurden und zugestimmt haben, wurde der Reichstagsfraktion — nur von dieser sprach ich — einfach mitgeteilt, als an der Sache nichts mehr zu ändern war. Genosse Otto Braun hat auch kein Hehl daraus gemacht, daß er die Reichstagsfraktion abschließend nicht engagieren wollte. Es kann also keine Rede davon sein, daß ich irgendwie „unverantwortlich leichtfertig“ geschrieben hätte. Diesen Vorwurf weise ich als völlig unberechtigt entschieden zurück! — Wenn Heilmann den Vergleich mehr von der finanziellen Seite betrachtet, so sehe ich ihn in erster Linie von der politischen an. Da sind wir eben in der Beurteilung verschiedener Meinungen. Daß der Hohenzollernvertrag politischen Schaden für die Partei gebracht hat, zeigte sich z. B. bei den sächsischen Landtagswahlen. Die Kommunisten haben damit einen sehr wesentlichen Teil ihrer Agitation gegen uns mit Erfolg bestritten. Die Eroberung von vier Mandaten ist sicher ein großer Teil darauf zurückzuführen. Diese Auswirkung hat sich weniger in den großen öffentlichen Versammlungen, als vielmehr in den Betrieben und in der Kleinagitation bemerkbar gemacht. Bestehen bleibt und nicht bestritten ist ferner die Tatsache, daß bis auf wenige Mitglieder die Preußenfraktion den Vertrag im einzelnen nicht kannte, als sie veranlaßt wurde, über ihn zu entscheiden. Sie kannte insbesondere nicht den äußerst peinlichen § 7, der dem Kaiser das Schloß Homburg als Wohnsitz zusichert, falls er wieder einmal nach Deutschland zurückkehren sollte. Auf diesen hochpolitischen Punkt aufmerksam gemacht, wurde der Reichstagsfraktion erklärt, daß der § 7 von der Preußenfraktion allerdings „übersehen“ (1) worden sei. Ich finde solche und ähnliche Vorgänge für die Gesamtpartei unerträglich. Wären sie der Parteimitgliedschaft in Preußen bekannt, dann würde sich wahrscheinlich die Meinung über das Wesen der gegenwärtigen Koalition stark verändern. Und ist es nicht ein politisches Unikum, daß dieselbe preussische Regierung sich stark dafür ins Zeug legt, die Rückkehr desselben Wilhelm nach Deutschland zu verhindern, dem sie ein vornehmes Schloß als Wohnung zur Verfügung stellt? Wo bleibt die Logik, die einfachste Konsequenz?

Selbstredend war es auch mir bekannt, daß der preussische Wohlfahrtsminister zum Erlaß der Mieterverordnung durch das Reich ermächtigt war. Ich hob jedoch besonders hervor, daß sich die Zentrumsfraktion des Landtages demonstrativ hinter ihren Minister stellte, während eine solche Uebereinstimmung zwischen Minister und Fraktion bei der Sozialdemokratie nicht in Erscheinung trat. Das Zentrum machte von diesem doch nicht unwichtigen politischen Impponderabilitätsfaktor Gebrauch, wir nicht. Warum nicht? Der preussische Wohlfahrtsminister soll nach §. die Verordnung „auf eigene Faust“ erlassen haben. Das heißt also, das Kabinett ist nicht gefragt worden, die Meinung der beiden sozialdemokratischen Minister — bzw. der Ministerpräsident! — wurde vorher nicht eingeholt. Das macht die Sache noch schlimmer, denn es handelte sich doch um eine zweifellos sehr wichtige Angelegenheit. Daß die Gesamtpartei eines Landes vom Reich eine Ermächtigung hat, sagt noch lange nicht, daß ein einzelner Minister damit nach Belieben schalten und walten kann oder soll. Und daß ein Ministerpräsident sich eine solche Brüstung gefallen läßt, ist gewiß kein alltäglicher Vorgang. Denn daß die Sozialdemokratie gegen die Verordnung sein mußte, war dem Zentrumsminister gewiß nicht unbekannt. Er nahm jedoch keine Rücksicht auf die stärkste Partei der Koalition! Wo bleibt da die „Machtposition“? Die Unstimmigkeiten und das An-die-Wanddrücken der Sozialdemokraten ist handgreiflich! — Im Reichsrat sei der Widerstand Preußens gegen die Mieterhöhung durch das Reich „mit Sicherheit zur Erfolglosigkeit verurteilt“ gewesen. Deshalb instruierte die preussische Regierung ihre Vertreter, für die Mieterhöhung zu stimmen. Diese Argumente